

Datenschutzhinweise für das Hinweisgebersystem – Information gemäß Artikel 13 DSGVO

In unserem Unternehmen hat jeder Mitarbeiter die Möglichkeit, ein Fehlverhalten anderer Mitarbeiter oder einen Missstand zu melden. Wir halten dadurch die Vorgaben des Hinweisgeberschutzgesetzes (HinSchG) ein.

Lesen Sie bitte vor der Meldung eines Hinweises sorgfältig die folgenden datenschutzrechtlichen Hinweise für unser Hinweisgebersystem durch bevor Sie einen Hinweis abgeben.

Hiermit informieren wir Sie über die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten im Zusammenhang mit dem eingeführten System. Die Daten werden erfasst, wenn Sie einen Hinweis bei der Biohealth International GmbH abgeben. Eine Meldung kann von Ihnen persönlich, per Brief oder E-Mail abgegeben werden.

Verantwortliche Stelle

für die Verarbeitung Ihrer Daten im Sinne von Art. 4 Nr. 7 DSGVO ist:

BHI Biohealth International GmbH
Heinrich-Wirth-Straße 13
95213 Münchberg/Germany

datenschutz@biohealth-int.com

Die Ombudstelle ist:

Shared IT Professional GmbH & Co. KG
Saebyst. 17a
24576 Bad Bramstedt

hinweis@shared-it.de

Unser Datenschutzbeauftragter ist:

Thilo Noack
SBS DATA PROTECT GmbH
Hans-Henny-Jahnn-Weg 49
22085 Hamburg

thilo.noack@sbs-data.de

Es ist ein Vertrag zur gemeinsamen Verantwortlichkeit gemäß Artikel 26 DSGVO zwischen beiden Parteien geschlossen worden. Beide Stellen unterliegen der Informationspflicht gegenüber den Betroffenen. Bei Fragen zum Datenschutz oder zur Ausübung Ihrer Rechte können Sie sich jederzeit an die oben genannten Kontaktadressen wenden.

Zweck der Datenverarbeitung

Der Zweck der Datenverarbeitung im Rahmen des Hinweisgebersystems besteht in der Entgegennahme und Aufklärung von Regelverstößen bei der Biohealth International GmbH. Auch die Aufklärung von Fehlverhalten, Verhinderung von zukünftigem Fehlverhalten, im Bedarfsfall Ausübung von Rechtsansprüchen und Rechtsverteidigung, Entlastung von Beschäftigten bei unrechtmäßiger Beschuldigung, Umsetzung von Compliance-Pflichten, Auflösung von Interessenskonflikten, Aufdeckung sexualisierter Gewalt, Verstößen gegen das Wettbewerbsrecht sowie die Aufklärung von Wirtschaftskriminalität und mögliche Korruption sind Bestandteile des Zwecks der Verarbeitung.

Kategorien betroffener Personen

Der gemeldete Sachverhalt kann Informationen über andere Personen enthalten, die durch die Meldung betroffen sind. Folgende Personen sind Gegenstand der Datenverarbeitung bei einer Meldung: Die meldende Person – in diesem Zusammenhang der Hinweisgeber – und Mitarbeiter unseres Unternehmens, deren Verhalten Gegenstand der Meldung ist. Gegebenenfalls sind weitere Personen in dem Zusammenhang durch die Meldung involviert. In dem Fall werden auch die Daten dieser zusätzlichen Personen Teil der Datenverarbeitung.

Datenschutzhinweise für das Hinweisgebersystem – Information gemäß Artikel 13 DSGVO

Kategorien der verarbeiteten Daten

Folgende Daten der betroffenen Personen werden im Rahmen der Meldung im Hinweisgebersystem verarbeitet: Name, Vorname, Emailadresse, Position im Unternehmen, Ggf. weitere Angaben zur Beschäftigung wie z.B. der genaue Tätigkeitsbereich. Hinzu kommen Inhaltsdaten, die Informationen über das Verhalten des oder der Betroffenen enthalten.

Empfänger von personenbezogenen Daten

Die in dem oben beschriebenen Zusammenhang erhobenen Daten werden nur Personen zugänglich gemacht, die für die Aufnahme und Abwicklung der Meldung und der Umsetzung der Folgemaßnahmen beauftragt sind. Andere Personen haben keinen Zugriff auf die Daten. Eine Übermittlung der Daten an Dritte findet grundsätzlich nicht statt. Eine Ausnahme bildet allerdings die Mitwirkungspflicht bei der Aufklärung von Straftaten. In dem Fall sind wir verpflichtet die Daten an Strafverfolgungsbehörden oder sonstige Behörden weiterzuleiten.

Alle beteiligten Personen, die auf Daten des Hinweisgebersystems Zugriff haben, sind auf die Vertraulichkeit und Geheimhaltung verpflichtet worden.

Dauer der Speicherung der Daten

Die Dauer der Datenspeicherung richtet sich nach der notwendigen Aufbewahrung zur Aufklärung und abschließenden Beurteilung des Sachverhalts des Hinweises. Sobald die Datenspeicherung zu den oben genannten Zwecken nicht mehr erforderlich ist, löschen wir die Daten. Einschlägig ist hier Art. 17 DSGVO. Die Löschung erfolgt, solange keine anderen gesetzlichen Aufbewahrungsfristen oder berechtigten Interessen des Unternehmens oder schutzwürdige Interessen von Betroffenen der Löschung der Daten entgegenstehen.

Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung

Als Rechtsgrundlage dient der Artikel 6 Absatz 1 lit. c) DSGVO in Verbindung mit Art. 13 HinSchG – wir als Unternehmen werden damit den uns auferlegten Compliance- und Aufsichtspflichten gerecht. Als weitere Rechtsgrundlage dient der Artikel 6 Absatz 1 lit. f) DSGVO – die Daten werden auf der Grundlage von berechtigten Interessen des Unternehmens verarbeitet. Zudem dient der Artikel 6 Absatz 1 lit. a) DSGVO ebenfalls als Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung. Diese Rechtsgrundlage greift bei der Verarbeitung der Daten des Hinweisgebers. Der Hinweisgeber hat mit der Meldung seine Einwilligung zur Datenverarbeitung gegeben.

Automatisierte Entscheidungsfindung

Im Rahmen des Hinweisgeberschutzgesetzes finden weder automatisierte Einzelfallentscheidungen noch Maßnahmen zum Profiling im Sinne von Art. 22 DSGVO statt.

Datenschutzhinweise für das Hinweisgebersystem – Information gemäß Artikel 13 DSGVO

Technische und organisatorische Maßnahmen zur Datensicherheit nach Art 32

Bei der Biohealth International GmbH sind einschlägige technische und organisatorische Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Hinweisgebersystem getroffen worden, welche zur Datensicherheit i.S.d. Art. 32 DSGVO beitragen.

Rechte der Betroffenen

Bezüglich der Datenverarbeitung im Zusammenhang mit dem Hinweisgebersystem stehen Ihnen folgende Betroffenenrechte zu:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO);
- Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO);
- Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO);
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO);
- Recht auf Datenübertragung (in bestimmten Fällen)
- Recht auf Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde;

Sie können aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einlegen, sofern die Datenverarbeitung im öffentlichen Interesse oder auf der Grundlage einer Interessenabwägung erfolgt. Den Widerspruch können Sie jederzeit an unsere oben genannte Kontaktperson richten.

Erfolgt die Datenverarbeitung auf der Grundlage Ihrer Einwilligung, so können Sie diese jederzeit widerrufen. Die Verarbeitungsvorgänge, die zu diesem Zeitpunkt bereits durchgeführt wurden, sind von dem Widerruf ausgenommen.